

Schweizer Umweltpanel

Wissen und Einstellungen zu PFAS
in der Schweizer Bevölkerung

Befragungszeitraum: Juni 2025 - August 2025

Projektverantwortung

Thomas Bernauer ist Professor für Politikwissenschaft an der ETH Zürich. Er und seine Gruppe sind am Center for Comparative and International Studies (CIS), einer gemeinsamen Einrichtung der ETH Zürich und der Universität Zürich, sowie an der Albert Einstein School of Public Policy der ETH Zürich angesiedelt.

Projektteam

International Political Economy and Environmental Politics

Sarah Gomm, Clara Brügge, Thomas Bernauer

Decision Science Laboratory

Patricia Wäger, Stefan Wehrli

Hilfsassistierende

David Jüttner, Victoria Beaupoil Montilla, Leonie Barnsteiner

Zitierungsvorschlag

Gomm, Sarah; Brügge, Clara; Jüttner, David; Beaupoil Montilla, Victoria; Barnsteiner, Leonie; Wäger, Patricia; Wehrli, Stefan; Bernauer, Thomas (2026); Schweizer Umweltpanel. Wissen und Einstellungen zu PFAS in der Schweizer Bevölkerung. 15. Erhebungswelle. ETH Zürich.

DOI: <https://doi.org/10.3929/ethz-c-000800971>

Kontakt: sep@ethz.ch

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste im Überblick	3
Wissen und Einstellungen zu PFAS in der Bevölkerung	4
Kenntnis von PFAS	4
Risikowahrnehmung in Bezug auf PFAS	7
Regulierung von PFAS	11
Staatliche Verantwortung der PFAS-Regulierung	16
Präferenzen im Spannungsfeld von wissenschaftlicher (Un-)Sicherheit	20
Hintergrundinformationen zur Befragung	22
Über das Schweizer Umweltpanel	22
Methodik	22
Die Befragung im Überblick	23

Das Wichtigste im Überblick

Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) sind aufgrund ihrer wasser-, fett- und schmutzabweisenden Eigenschaften in zahlreichen Alltagsprodukten enthalten und gelangen in die Umwelt. Die 15. Befragungswelle des Schweizer Umweltpanels untersucht den Kenntnisstand der Bevölkerung zu PFAS, deren Relevanz im Alltag sowie Erwartungen an eine staatliche Regulierung.

Der Begriff PFAS ist zwar einer Mehrheit der Befragten geläufig, jedoch schätzen sie ihr Wissen zu PFAS überwiegend als gering ein; über 40% haben noch nie von der Stoffgruppe gehört. Die Informationsbeschaffung zu PFAS erfolgt primär über klassische Medien wie Fernsehen und Zeitungen.

Trotz des geringen Wissensstands betrachtet der überwiegende Teil der Befragten PFAS als ein Risiko für Mensch und Umwelt. Dabei überwiegen die wahrgenommenen Risiken von PFAS klar gegenüber ihrem subjektiven Nutzen. Während die Befragten PFAS korrekt in Produkten wie Imprägniersprays oder in in ihrer Umwelt wie dem Grundwasser verorten, wird deren Akkumulation in Fleisch, Gemüse oder Milchprodukten unterschätzt. Interessanterweise führt auch die ausgeprägte Risikowahrnehmung selten zu einer pro-aktiven Anpassung des Konsumverhaltens. Dies lässt sich vor allem durch mangelnde Kenntnis darüber erklären, in welchen Produkten PFAS enthalten sind. Als Konsequenz potenzieller Regulierungen von PFAS wären die Befragten bereit, eine reduzierte Produktauswahl zugunsten PFAS-freier Alternativen zu akzeptieren. Höhere Preise oder eine verminderte Produktqualität stossen hingegen auf geringere Zustimmung.

Im Falle einer Umweltbelastung, etwa des Trinkwassers, vertrauen die Befragten eher auf staatliches Handeln als auf Eigenvorsorge. Die Verantwortung für die Regulierung wird klar beim Staat gesehen. Eine Mehrheit befürwortet eine striktere Beschränkung der Verwendung von PFAS im Allgemeinen oder zumindest eine Kennzeichnungspflicht. Besonders hohe Zustimmung finden strengere Grenzwerte für Lebensmittel und Trinkwasser. Politisch links orientierte Personen, ältere Befragte und Menschen mit hohem Umweltbewusstsein priorisieren eine strengere Gesetzgebung am stärksten.

Ein Umfrageexperiment zeigt zudem, dass Regulierungspräferenzen von der Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse und persönlicher Betroffenheit abhängen. Während die Vermittlung wissenschaftlicher Gewissheit die Forderung nach Verboten stärkt, dämpfen wissenschaftliche Unsicherheiten die Unterstützung staatlicher Regulierung – insbesondere bei Personen ohne Vorwissen zu PFAS. Geht es um die Umsetzung konkreter Einzelmassnahmen, verblassen diese Effekte jedoch weitestgehend.

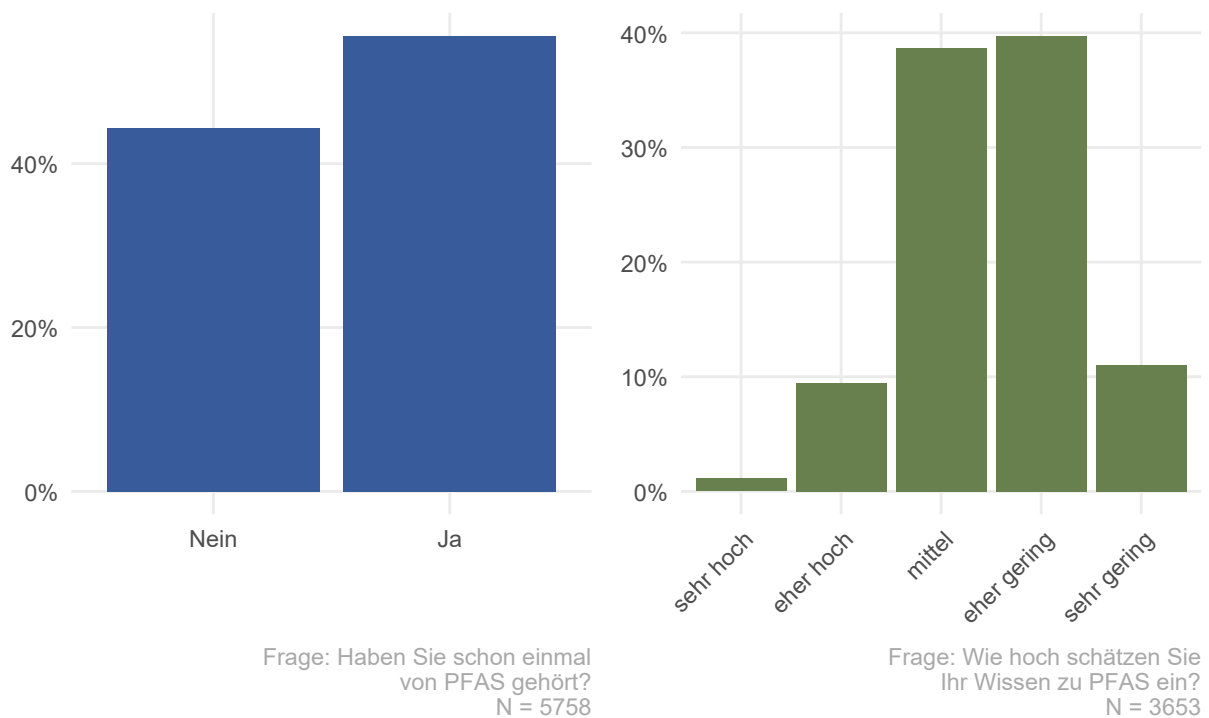
Wissen und Einstellungen zu PFAS in der Bevölkerung

Kenntnis von PFAS

Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) sind synthetisch hergestellte Stoffe, die industriell eingesetzt werden. In der Wissenschaft werden sie mit verschiedenen gesundheitlichen Risiken assoziiert. Demgegenüber steht ihr Nutzen: Aufgrund ihrer fett-, schmutz- und wasserabweisenden Eigenschaften werden PFAS in zahlreichen Alltagsprodukten verwendet. Sie finden sich unter anderem in Lebensmittelverpackungen, wetterfester Kleidung, Antihafbeschichtungen sowie in Isoliermaterialien. Infolgedessen kommen VerbraucherInnen regelmässig mit PFAS in Kontakt.

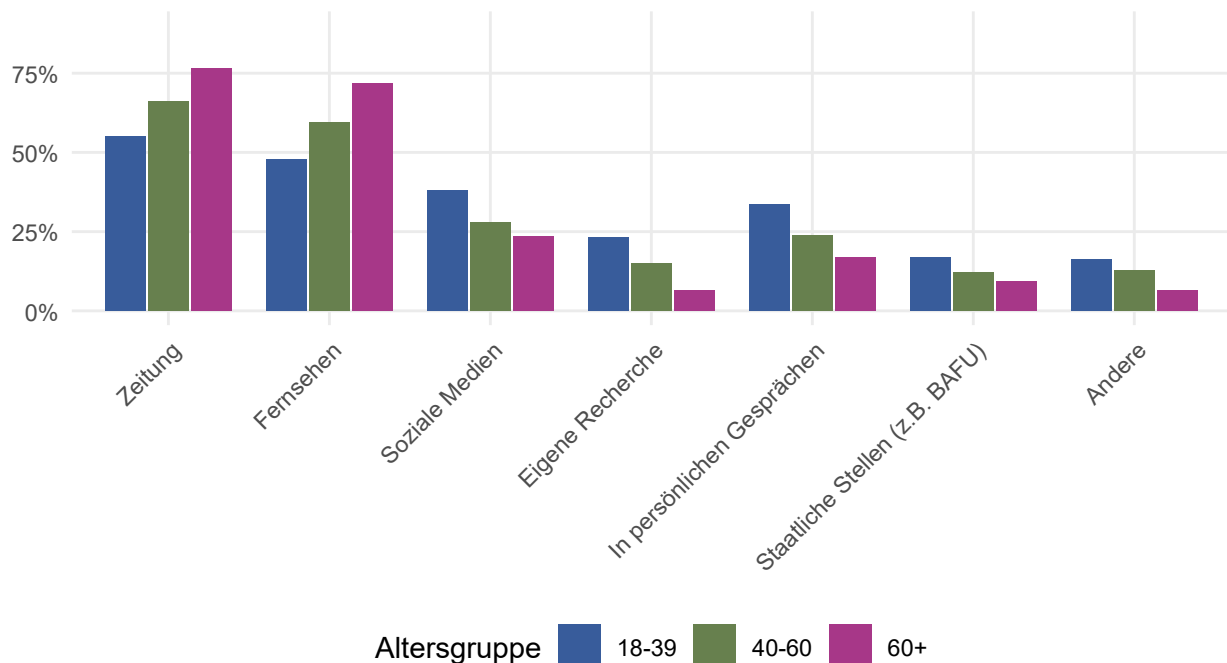
Trotz der Relevanz von PFAS im Alltag ist das öffentliche Wissen darüber limitiert. In der vorliegenden Befragung von 5758 Personen gibt zwar gut jede/r Zweite an, bereits einmal von PFAS gehört zu haben, das subjektive Wissen wird von der grossen Mehrheit jedoch als wenig ausgeprägt beschrieben (mittel bis gering). Über 40% der Befragten geben sogar an, noch nie von PFAS gehört zu haben (Abbildung 1).

Abbildung 1: Kenntnis von und zu PFAS



Die Informationsbeschaffung zu PFAS erfolgt über alle Altersklassen hinweg primär durch Fernsehen und Zeitungen (Abbildung 2). In der Detailbetrachtung dominieren die Befragten ab 60 Jahren bei diesen traditionellen Kanälen, wohingegen die Altersgruppe der 18- bis 39-Jährigen überproportional häufig soziale Medien und Eigenrecherche nutzt. Staatliche Informationsangebote spielen generell eine untergeordnete Rolle, verzeichnen aber bei der jüngsten Zielgruppe den relativ höchsten Zuspruch.

Abbildung 2: Informationsquelle zu PFAS



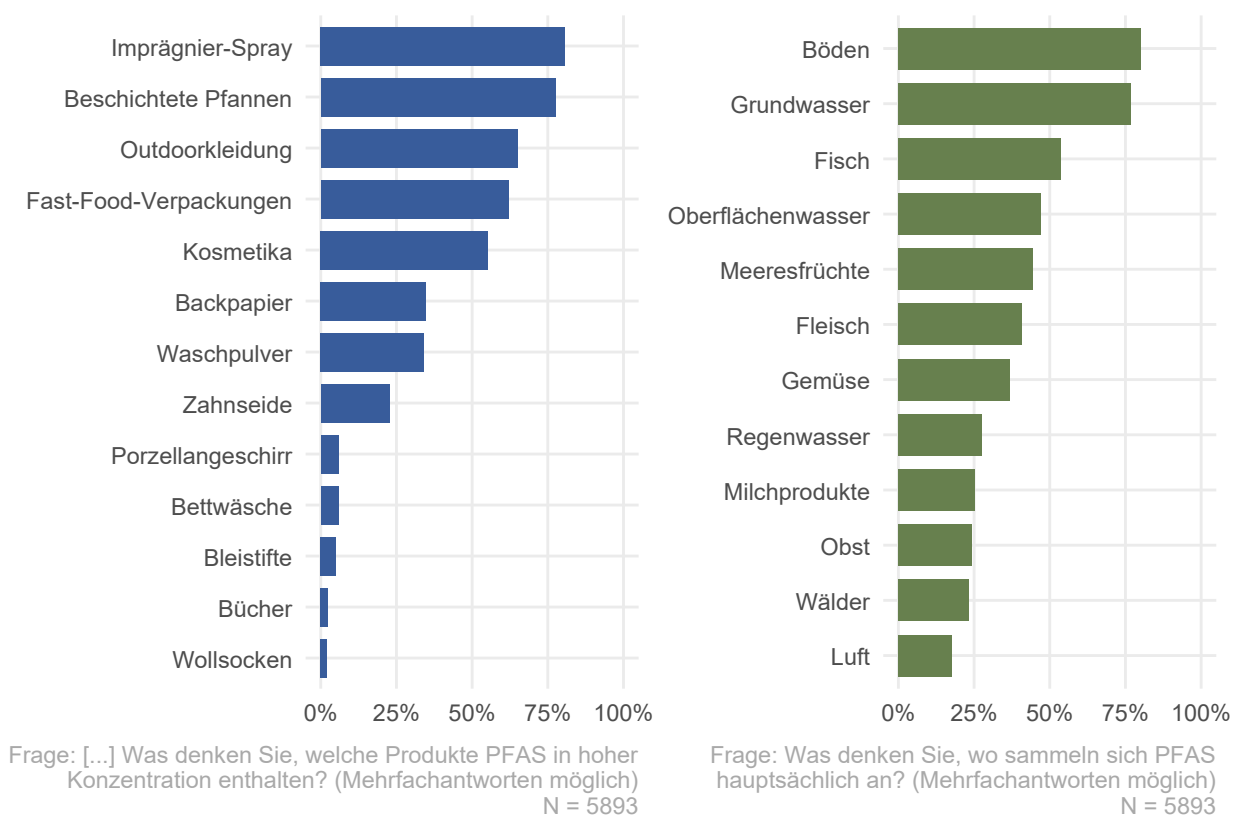
Frage: Wo haben Sie bisher von PFAS gehört? (Mehrfachantworten möglich)
N = 3632

Weiter wurde das Wissen der Befragten bezüglich des Vorkommens von PFAS erhoben. Die linke Grafik in Abbildung 3 zeigt, dass die Einschätzung der Teilnehmenden bezüglich belasteter Produkte mit dem Fokus medialer Berichterstattung korreliert. So werden klassische Anwendungsbereiche wie Imprägnier Sprays, beschichteten Pfannen und Outdoorbekleidung von 60% bis 80% der Befragten korrekt als PFAS-haltig identifiziert. Im Gegensatz dazu werden Quellen wie Backpapier oder Zahnseide mit Werten zwischen 22% und 35% deutlich seltener erkannt, obwohl diese häufig PFAS-Beschichtungen aufweisen. Richtigerweise werden Produkte wie Bücher, Bleistifte oder Wollsocken von nahezu niemandem mit PFAS in Verbindung gebracht.

Bezüglich der Akkumulation in der Umwelt und der Nahrungskette wird die Hauptbelastung mit über 75% in Böden und im Grundwasser verortet. Dies entspricht bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen, da PFAS aufgrund ihrer Mobilität und Persistenz vor allem aquatische Systeme kontaminieren. Eine deutlichere Abweichung von bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen liegt jedoch bei den Nahrungsmitteln vor: Während Fisch von gut der Hälfte der Befragten genannt wird, werden

Fleisch, Gemüse, Milchprodukte und Obst deutlich seltener als Akkumulationsorte wahrgenommen. Tatsächlich ist die Aufnahme über Lebensmittel neben dem Trinkwasser der Hauptexpositionspfad für den Menschen. Die Antwortverteilung zeigt, dass viele Befragte diese Brücke zum eigenen Konsum nicht schlagen. Die Einschätzung der Luft als geringste Quelle ist hingegen weitgehend korrekt, da PFAS überwiegend nicht flüchtig sind und ein Transport meist nur über Stäube stattfindet (Abbildung 3).

Abbildung 3: Wissen über PFAS Akkumulation

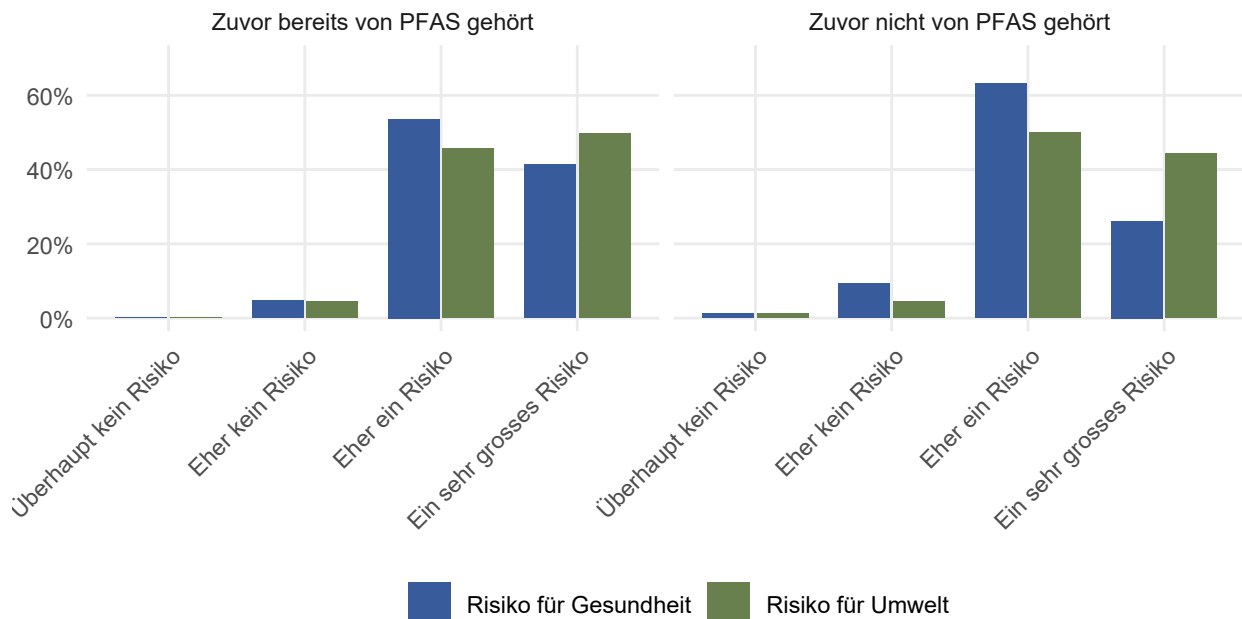


Risikowahrnehmung in Bezug auf PFAS

Bezüglich der generellen Risikowahrnehmung von PFAS scheint es kaum einen Unterschied zwischen Befragten zu geben, die schon einmal von PFAS gehört haben und die noch nicht von PFAS gehört haben (Abbildung 4). Eine grosse Mehrheit in beiden Gruppen sieht mindestens eher ein Risiko für Mensch und Umwelt. Befragte, die schon einmal von PFAS gehört haben, schätzen dabei die Risiken für Menschen etwas grösser ein als Befragte, die noch nicht von PFAS gehört haben. Ein ähnliches Muster, wenn

auch nicht so stark ausgeprägt, zeigt sich bezüglich des wahrgenommenen Risikos für die Umwelt. Die Unterschiede sind jedoch statistisch nicht signifikant.

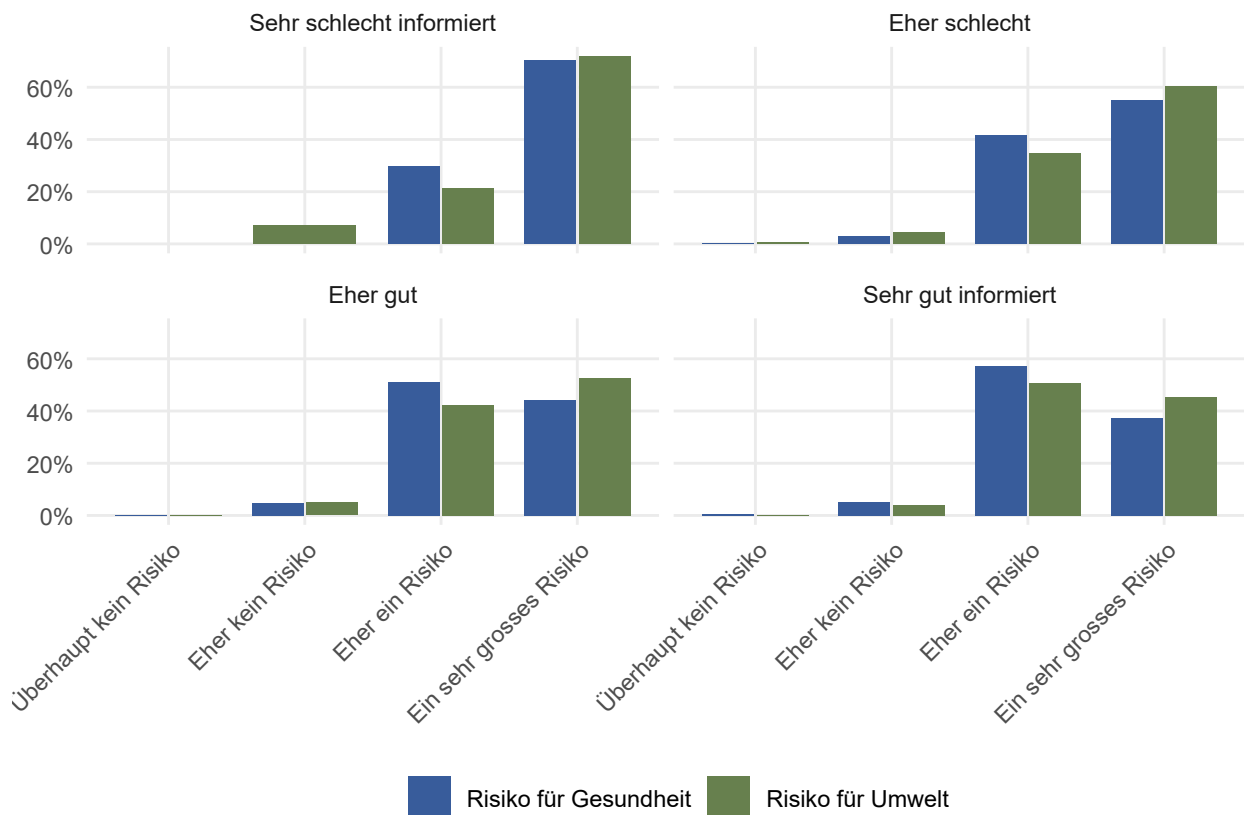
Abbildung 4: Risikowahrnehmung von PFAS basierend auf Wissen von PFAS



Frage: Wenn Sie an PFAS allgemein denken, stellen Sie sich Ihr Risiko nach ein
Risiko oder kein Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt dar?
N = 5359

Abbildung 5 stellt die Risikowahrnehmung der Befragten dar, abhängig von ihrem subjektiven Kenntnisstand zu PFAS. Dabei sind nur Befragte einbezogen, die angegeben haben, schon einmal von PFAS gehört zu haben. Interessanterweise sehen Befragte, die sich selbst als schlecht informiert einstufen, die grössten Risiken in PFAS für Mensch und Umwelt (beides über 60%). Unter den subjektiv sehr gut informierten Befragten sieht eine Mehrheit PFAS eher als Risiko anstatt als sehr grosses Risiko. In keiner der subjektiven Wissensgruppen findet sich eine relevante Anzahl an Befragten, die PFAS als harmlos für Mensch oder Umwelt einstuft.

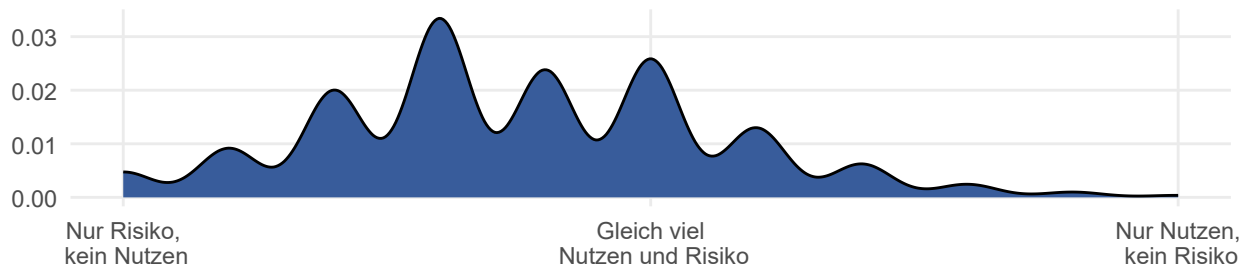
Abbildung 5: Risikowahrnehmung von PFAS nach subjektivem Wissen zu PFAS



Frage: Wenn Sie an PFAS allgemein denken, stellen diese Ihrer Meinung nach ein Risiko oder kein Risiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt dar?
N = 3509

Komplementär dazu gestaltet sich die Wahrnehmung des Abwägungsprozesses zwischen Nutzen und Risiko. Lediglich ein minimaler Anteil der Befragten schreibt der Verwendung von PFAS ausschliesslich einen Nutzen ohne damit verbundene Risiken zu. Zwar wird das entgegengesetzte Ende des Kontinuums – ein reines Risiko ohne erkennbaren Nutzen – häufiger besetzt, die Mehrheit der Antworten ordnet sich jedoch im mittleren Bereich ein. In der Gesamtschau ergibt sich eine annähernde Normalverteilung der Einschätzungen, die jedoch eine Tendenz hin zu einer stärkeren Risikogewichtung aufweist (Abbildung 6).

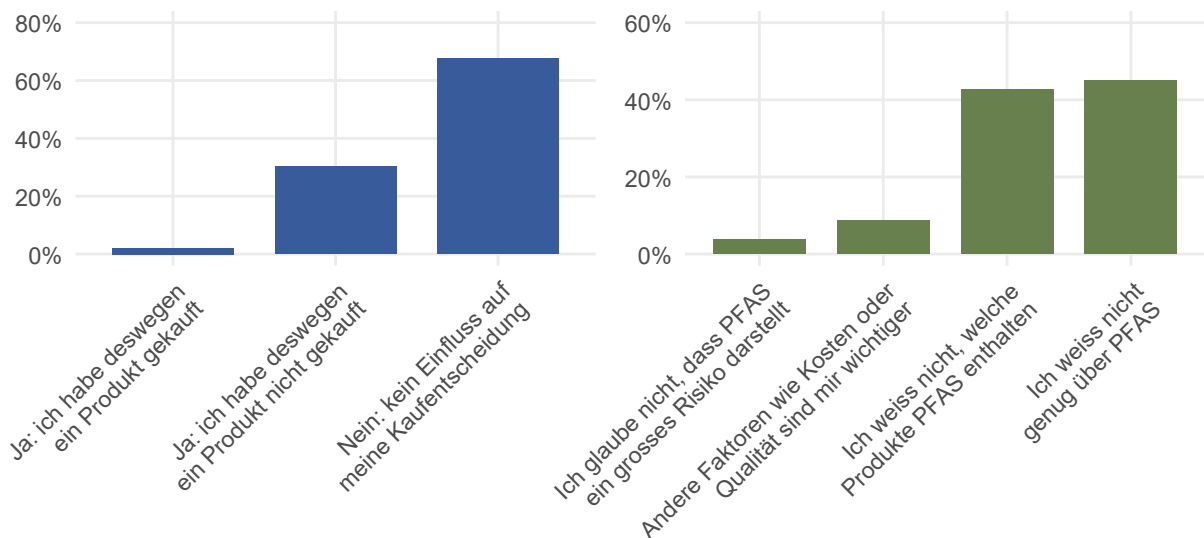
Abbildung 6: Trade-Off zwischen Risiko und Nutzen



Frage: Gemäss dem, was Sie bisher über PFAS wissen, wie hoch schätzen Sie das Risiko von PFAS im Vergleich zum Nutzen für den Menschen ein?
N = 5669

Dieses Risikobewusstsein schlägt sich nur bedingt im aktuellen Konsumverhalten der Befragten nieder. Abbildung 7 zeigt, dass für mehr als 60% der Befragten PFAS keinen Einfluss auf die Kaufentscheidung haben. Immerhin rund ein Drittel gibt an, bereits einmal ein Produkt aufgrund von PFAS nicht gekauft zu haben. Diese Diskrepanz zwischen wahrgenommenem Risiko und dem geringen Zusammenhang mit der eigentlichen Kaufentscheidung ergibt sich vor allem aus dem nicht-vorhandenen Wissen, welche Produkte PFAS enthalten und generell wenig Wissen über PFAS selbst (Abbildung 7).

Abbildung 7: Konsumententscheidungen und PFAS



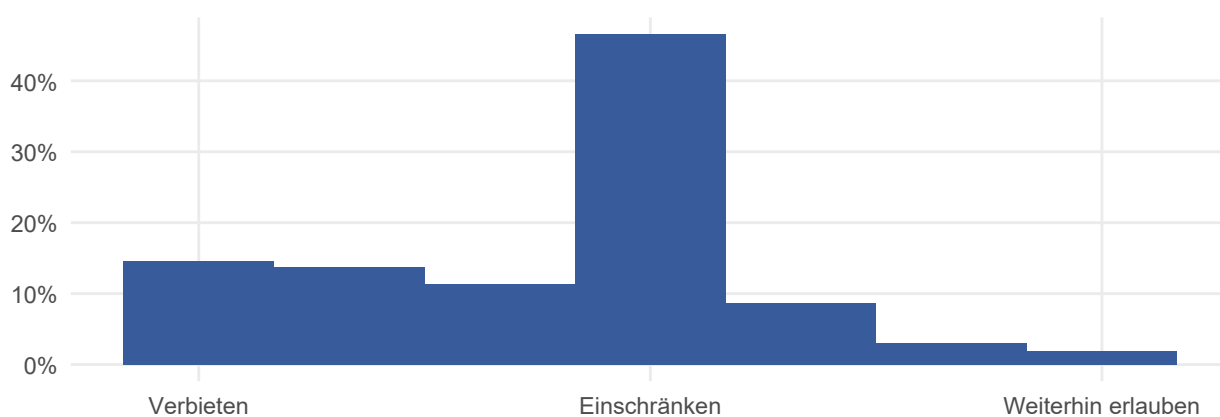
Frage: Hat die Möglichkeit, dass ein Produkt PFAS enthält, in der Vergangenheit Ihre Kaufentscheidung beeinflusst?
N = 4977

Frage: Sie haben angegeben, Sie hätten noch nie ein Produkt nicht gekauft, weil das Produkt PFAS enthält. Welcher Grund war dafür ausschlaggebend?
N = 3397

Regulierung von PFAS

Analog zu den Regulierungen anderer chemischer Stoffgruppen, wie etwa zum Schutz der Ozonschicht, wird auch im Falle von PFAS über staatliche Interventionsmöglichkeiten diskutiert. Innerhalb der Befragung zeigt sich hierzu ein differenziertes Bild: Lediglich eine kleine Minderheit spricht sich für eine uneingeschränkte Zulassung von PFAS aus. Während etwa 15% der Befragten ein striktes Verbot befürworten, spricht sich die Mehrheit für eine stärkere Einschränkung der Verwendung von PFAS aus (Abbildung 8).

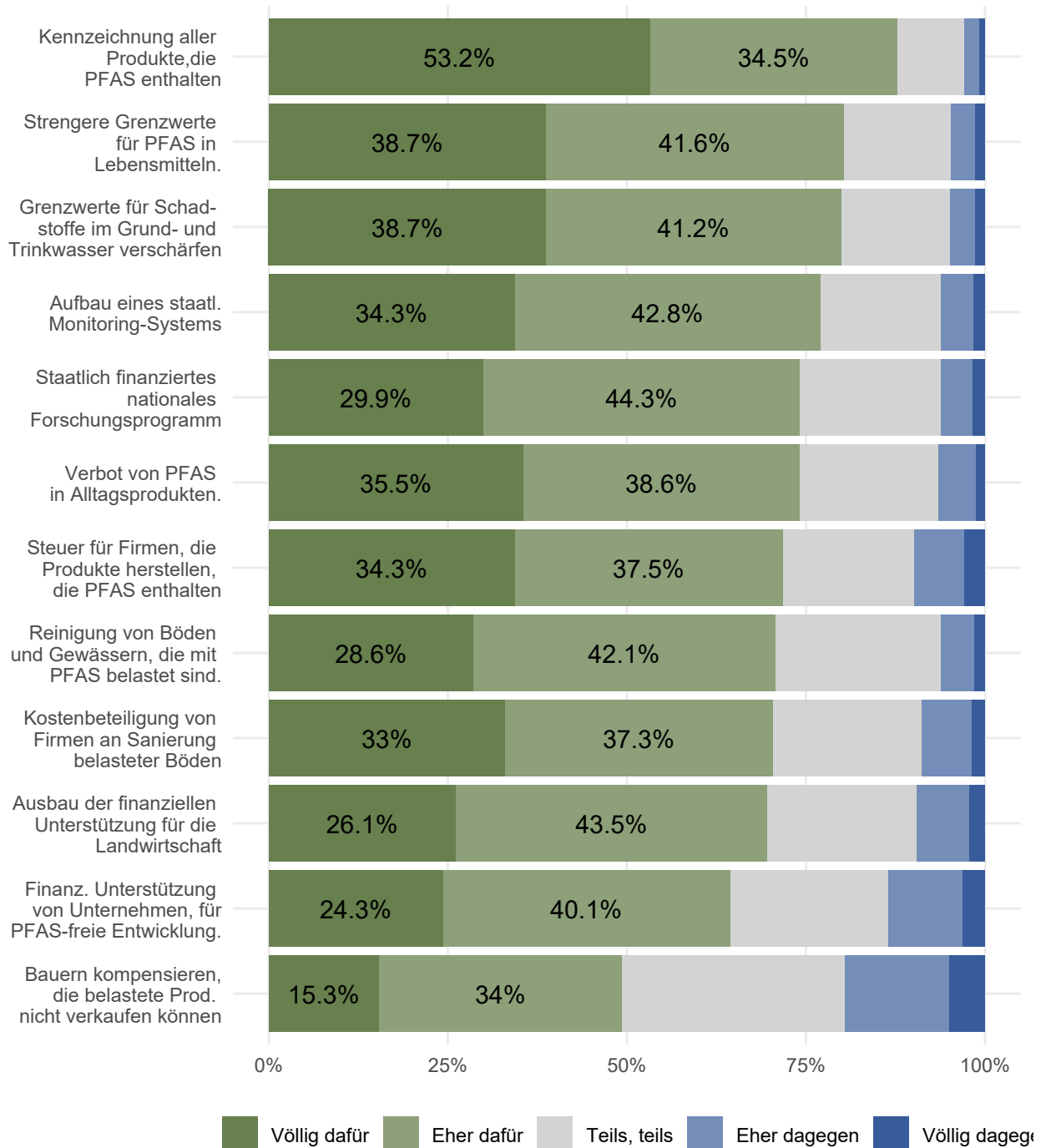
Abbildung 8: Regulierung von PFAS



Frage: Basierend auf Ihrem jetzigen Kenntnisstand, sollte der Staat den Gebrauch von PFAS verbieten, stärker einschränken oder weiterhin erlauben? (N = 627)
Diese Auswertung basiert ausschliesslich auf der Kontrollgruppe. Um eine unbeeinflusste Grundhaltung abzubilden, wurden jene Teilnehmenden ausgeschlossen, die zuvor in der Umfrage gezielte Informationstexte zu PFAS erhalten haben.

Die genauere Betrachtung verschiedener politischer Instrumente zeigt, dass die Präferenz für mehr Regulierung nicht einfach einem generellen Verbot von PFAS gilt. Es ergibt sich ein etwas nuancierteres Bild. Den höchsten Zuspruch erfährt die Kennzeichnungspflicht für PFAS-haltige Produkte, die von einer breiten Mehrheit befürwortet wird. Ebenfalls auf hohe Akzeptanz stossen regulatorische Verschärfungen, insbesondere strengere Grenzwerte für PFAS in Lebensmitteln sowie im Grund- und Trinkwasser. Insgesamt finden fast alle abgefragten Massnahmen – vom Aufbau eines staatlichen Monitorings bis hin zur finanziellen Unterstützung von Unternehmen bei der Entwicklung PFAS-freier Alternativen – mehrheitliche Unterstützung unter den Befragten.

Abbildung 9: Zustimmung zu politischen Massnahmen, um Mensch und Umwelt vor PFAS zu schützen



Frage: Es gibt eine Reihe von Massnahmen, die ergriffen werden könnten, um die Auswirkungen von PFAS auf Menschen und Umwelt zu reduzieren. Wie sehr sind Sie für oder gegen die folgenden Massnahmen?
N = 5893

Die einzige Ausnahme bildet eine finanzielle Kompensation für LandwirtInnen, die

PFAS-belastete Erzeugnisse nicht vermarkten können. Dies ist die einzige Massnahme, die keine Mehrheit von über 50% erzielt (Abbildung 9). Ein möglicher Grund hierfür wäre, dass die finanzielle Verantwortung primär bei den Produzenten von PFAS oder PFAS-haltigen Produkten und weniger beim Staat gesehen wird. Zudem könnte wenig bekannt sein, dass LandwirtInnen den PFAS-Belastungen ihrer Böden oftmals ohne eigenes Verschulden ausgesetzt sind.

Analog zur breiten Zustimmung zur Verschärfung der Schadstoffgrenzwerte für Trink- und Grundwasser, lehnen die Befragten eine Lockerung der Gewässerschutzverordnung mehrheitlich ab (Abbildung 10).

Abbildung 10: Zustimmung zur Lockerung der Gewässerschutzverordnung

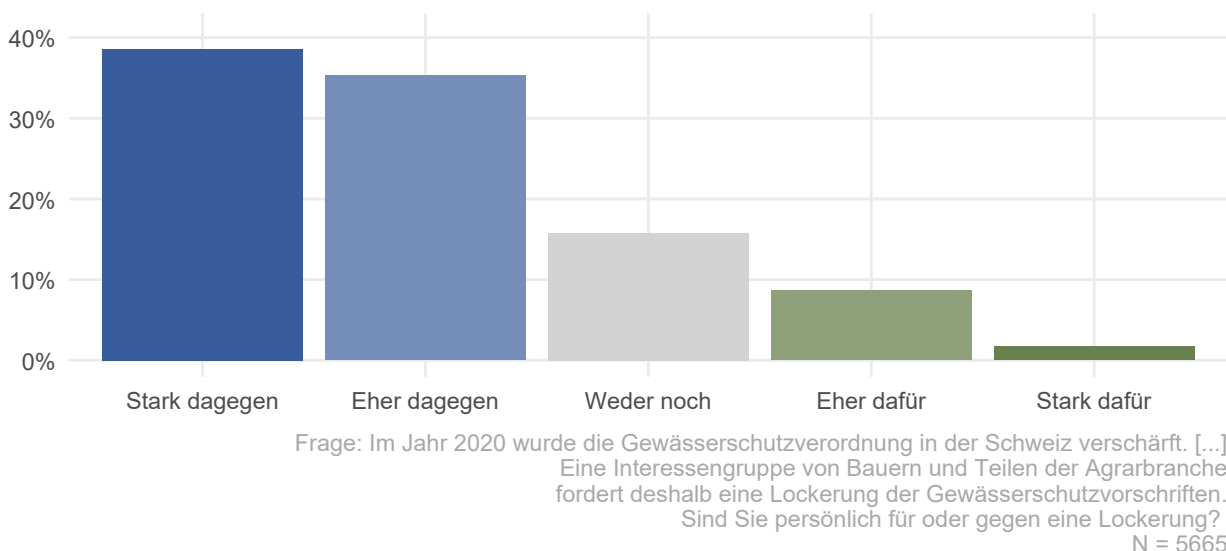
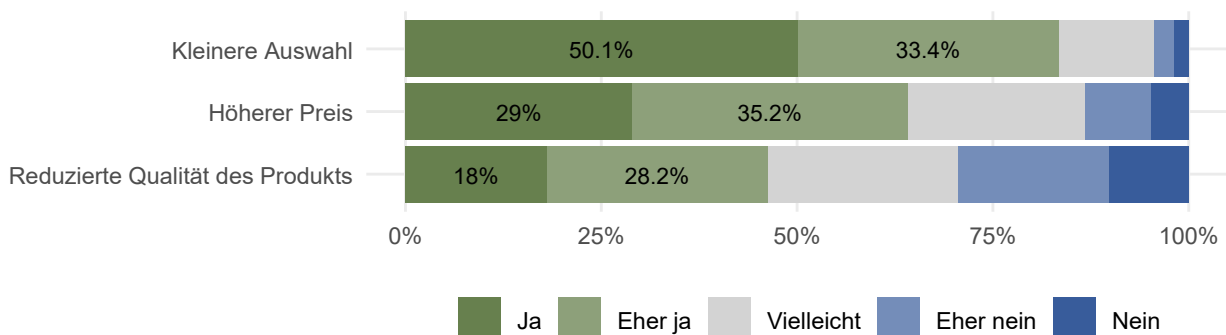


Abbildung 11 zeigt die Bereitschaft der KonsumentInnen, persönliche Einschränkungen hinzunehmen, falls PFAS für bestimmte Produktgruppen (Bekleidung, Kochutensilien, Kosmetika) reguliert oder verboten würden. Dabei zeigt sich eine Hierarchie in der Akzeptanz verschiedener Konsequenzen. Die Bereitschaft, eine kleinere Produktauswahl zu akzeptieren, ist am stärksten ausgeprägt. Insgesamt 83% der Befragten geben an, dies in Kauf zu nehmen (50% 'Ja', 33% 'Eher ja'). Nur eine sehr kleine Minderheit von etwa 5% spricht sich explizit dagegen aus. Auch ein höherer Preis für PFAS-freie Alternativen wird von einer Mehrheit von 64% akzeptiert (29% 'Ja', 35% 'Eher ja'). Bemerkenswert ist hier der Anstieg der Unentschlossenen (21% 'Vielleicht') sowie eine relevante Gruppe (14%), die

dies ablehnt. Die grösste Hürde stellt eine reduzierte Qualität der Produkte dar. Weniger als die Hälfte der Befragten (46%) wäre bereit, funktionale Einbussen zu akzeptieren. Mit 30% findet sich hier die stärkste Ablehnung. Dies deutet auf eine grundsätzliche Zahlungsbereitschaft für PFAS-freie Produkte hin, solange deren Nutzen stabil bleibt.

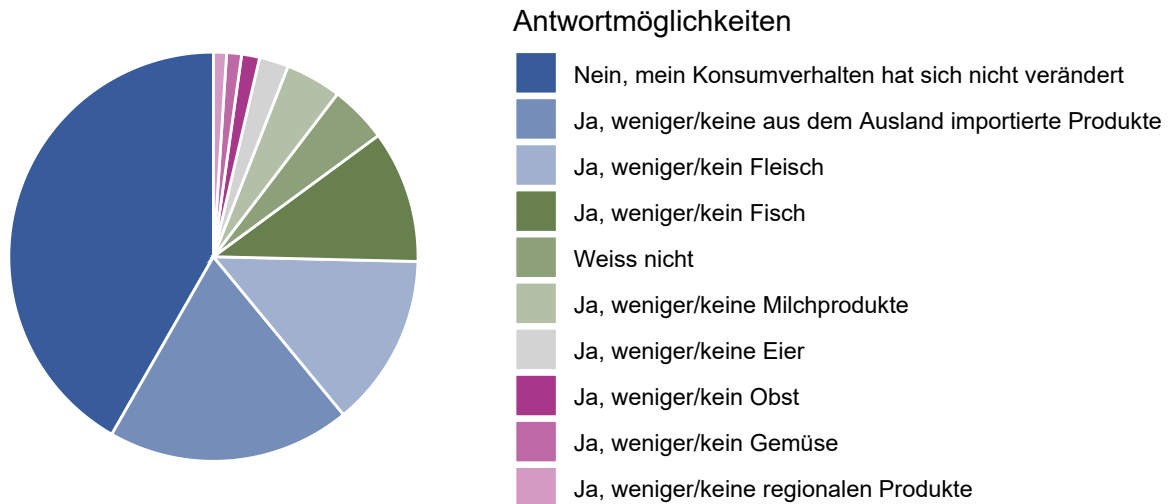
Abbildung 11: Akzeptanz von Konsequenzen politischer Massnahmen



Frage: Wenn PFAS für bestimmte Produkte nicht mehr verwendet werden, kann sich dies auf die Qualität, Auswahl und den Preis dieser Produkte auswirken. Wären Sie bereit, beim Kauf eines Bekleidungsprodukts, von Kochutensilien, von Kosmetikprodukten ohne PFAS folgendes zu akzeptieren?
N = 5893

Abbildung 12 zeigt, dass für viele Befragte PFAS keine Rolle spielen, wenn es um alltägliche Entscheidungen beim Konsum von Lebensmitteln geht. Findet PFAS bei der Konsumententscheidung Berücksichtigung, scheint vor allem der Konsum importierter Produkte, sowie der von Fleisch und Fisch zu sinken. Für den Konsum regionaler Produkte und generell von Obst und Gemüse ist nach Angaben der Befragten eine potentielle PFAS Belastung kaum relevant für die Kaufentscheidung (Abbildung 12).

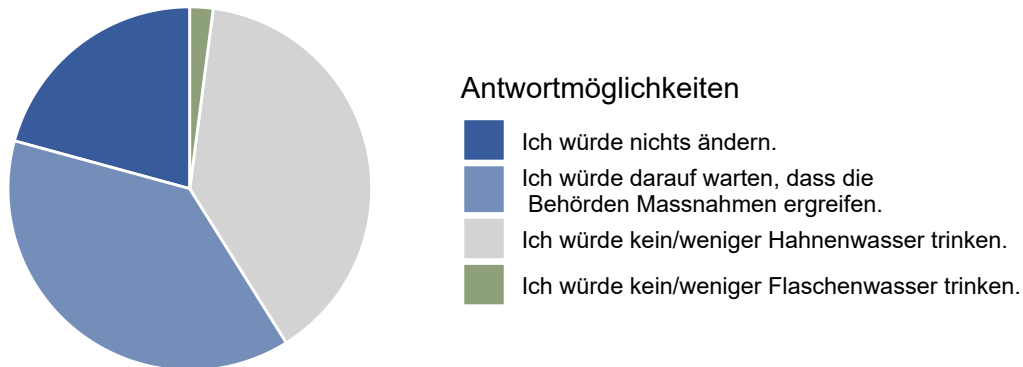
Abbildung 12: Veränderung des Lebensmittelskonsums



Frage: Beeinflusst die Möglichkeit, dass PFAS darin enthalten sein könnten, momentan Ihre Entscheidung, bestimmte Nahrungsmittel nicht oder weniger zu konsumieren? (Mehrfachantworten möglich)
N = 5893

Interessanterweise unterscheidet sich die Relevanz von PFAS für Lebensmittelkonsumentscheidungen wesentlich von Entscheidungen bezüglich des Trinkwasserkonsums. Sollten erhöhte Mengen PFAS im Trinkwasser nachgewiesen werden, würden die Befragten vor allem auf weitere Massnahmen der Behörden warten, was als Indikator für Vertrauen in die Behörden in diesem Bereich gewertet werden kann. Zudem geben einige Befragte an, in diesem Fall ihren Konsum von Hahnenwasser einschränken zu wollen. Der Flaschenwasserkonsum hingegen wäre von einem solchen Befund kaum betroffen. Gleichzeitig gibt es auch einen relevanten Anteil an Befragten, der den Wasserkonsum nicht verändern würde (Abbildung 13).

Abbildung 13: Veränderung des Wasserkonsums

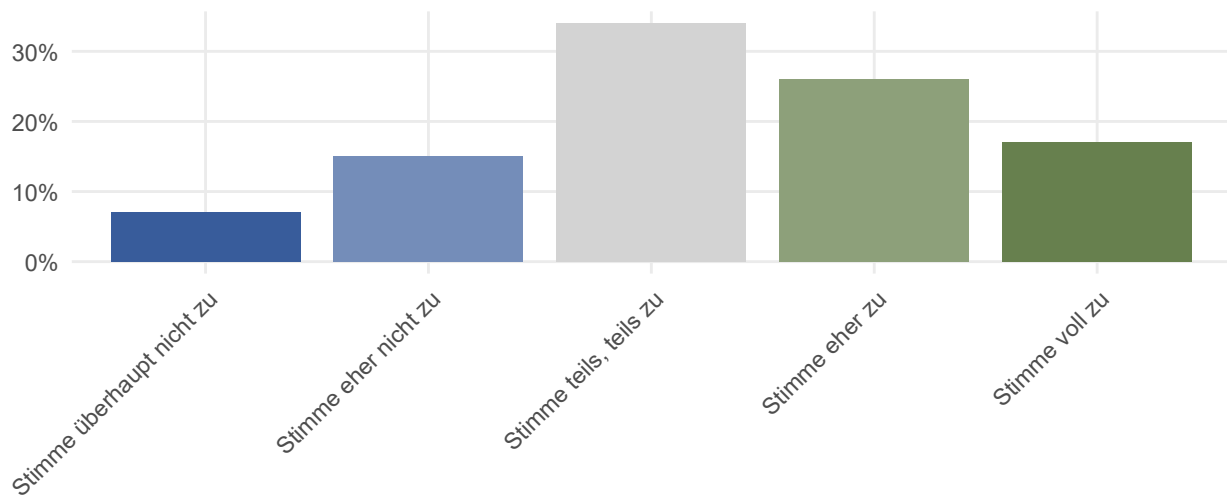


Frage: Falls PFAS an vielen Orten in der Schweiz im Trinkwasser nachgewiesen würden, welche Massnahmen würden Sie ergreifen?
N = 5893

Staatliche Verantwortung der PFAS-Regulierung

Betrachtet man die Erwartungshaltung der Bevölkerung, dass die Behörden bei einer PFAS-Belastung im Grundwasser Massnahmen ergreifen (Abbildung 13), überrascht es nicht, dass rund die Hälfte der Befragten die Verantwortung für eine Regulierung primär beim Staat und weniger beim Individuum sieht. Obwohl ein Teil der Bevölkerung die KonsumentInnen selbst in der Pflicht sieht, PFAS im Alltag zu vermeiden, stimmt rund die Hälfte der Aussage zu, dass eher der Staat die Verantwortung für eine Regulierung tragen sollte, anstatt die Vermeidung der Eigenverantwortung zu überlassen. Allerdings nimmt auch ein relevanter Teil der Befragten eine neutrale Haltung ein, wenn es um Verantwortungszuschreibung geht (Abbildung 14).

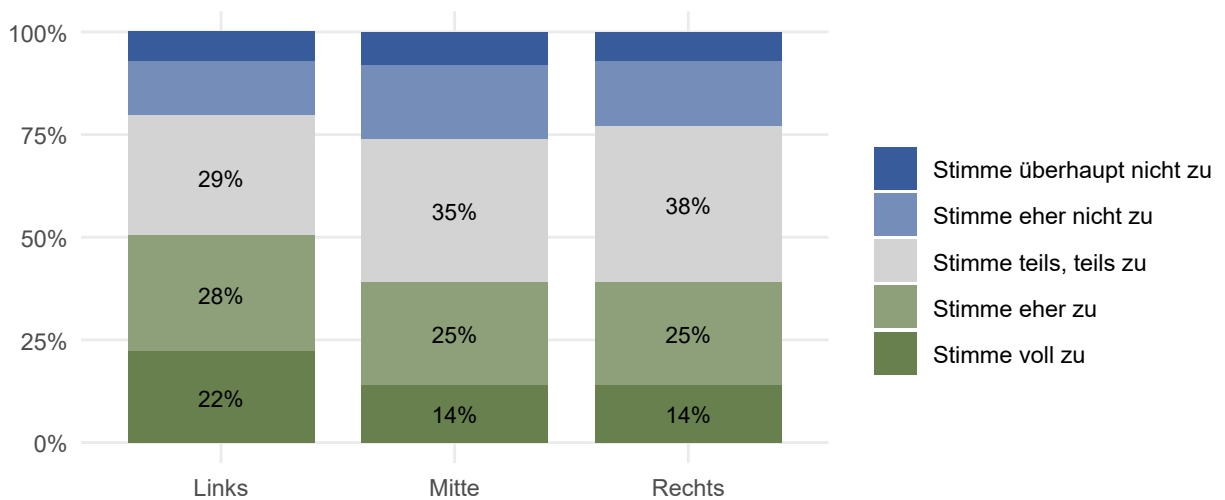
Abbildung 14: Staatliche Verantwortung der PFAS-Regulierung



Frage: Es ist nicht meine Aufgabe als KonsumentIn, PFAS zu vermeiden, sondern Aufgabe des Staates, PFAS zu verbieten.
N = 5772

Wird das Antwortverhalten nach der politischen Orientierung aufgeteilt (Abbildung 15), zeigt sich ausschliesslich bei Befragten im linken Spektrum eine Mehrheit von knapp über 50 % für die Ansicht, dass die PFAS-Regulierung primär eine staatliche Aufgabe sei. Im Gegensatz dazu liegt die Zustimmung zu dieser Aussage sowohl in der politischen Mitte als auch im rechten Spektrum jeweils unter der 50 %-Marke. Diese beiden Gruppen positionieren sich eher neutral, kombiniert mit einer etwas ausgeprägteren Präferenz für die Eigenverantwortung der KonsumentInnen.

Abbildung 15: Staatliche Verantwortung der PFAS-Regulierung nach politischer Einstellung

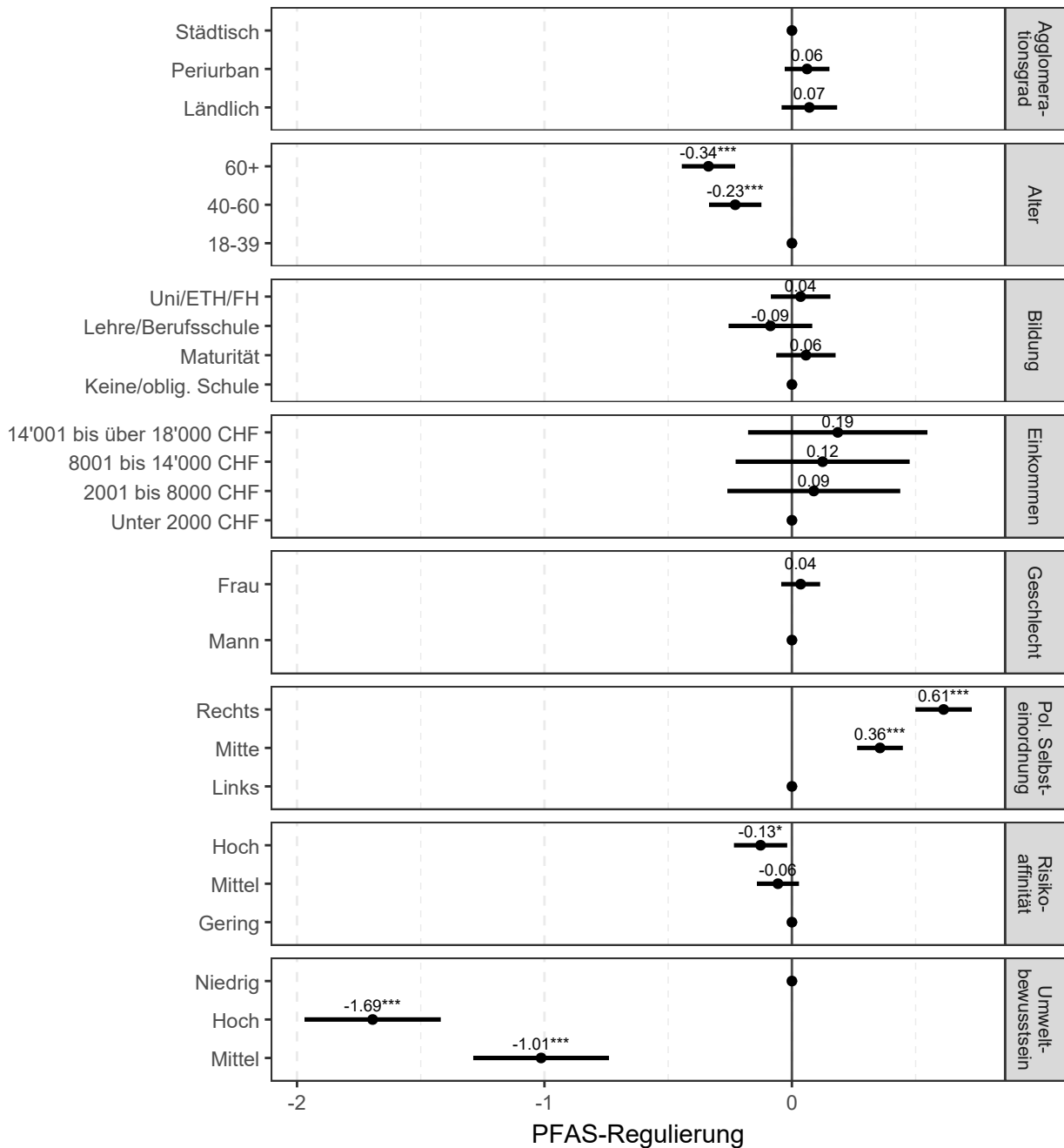


Frage: Es ist nicht meine Aufgabe als KonsumentIn, PFAS zu vermeiden, sondern Aufgabe des Staates, PFAS zu verbieten.
N = 5772

Dieser Befund zeigt sich auch auf der Individualebene. In Abbildung 16 werden statistische Zusammenhänge zwischen persönlichen Merkmalen der Befragten und der Haltung zu einer staatlichen PFAS Regulierung geschätzt. Je weiter rechts die politische Selbsteinordnung, desto eher sollte der Staat PFAS weiter erlauben anstatt zu verbieten. Damit gehört die politische Selbsteinschätzung zu den wenigen Eigenschaften, welche einen signifikanten Effekt auf die Einstellung gegenüber der PFAS-Regulierung haben (Abbildung 16). Fortgeschrittenere Altersgruppen tendieren eher zum Verbot als jüngere. Wenig überraschend ist, dass sich Menschen mit einem hohen Umweltbewusstsein eher für ein Verbot von PFAS aussprechen. Eigenschaften wie Geschlecht, Bildung, Einkommen und Agglomerationsgrad des Wohnortes haben keine statistische Signifikanz und sind damit keine Faktoren, die die Einstellung zur PFAS-Regulierung beeinflussen. Die Gruppe der Befragten, welche angibt eher Risiko affin zu sein¹, sind überraschenderweise eher für ein Verbot von PFAS.

¹Die Risikoaffinität wurde anhand folgender Frage evaluiert: "Sind Sie im Allgemeinen ein risikobereiter Mensch oder versuchen Sie, Risiken zu vermeiden?" und bezog sich nicht auf die PFAS Thematik.

Abbildung 16: Einfluss von persönlichen Eigenschaften auf die Einstellung gegenüber PFAS-Regulierung



Frage: Sollte der Staat den Gebrauch von PFAS verbieten, stärker einschränken oder weiterhin erlauben?
Antwortmöglichkeiten von: 1 (Verboten) bis 7 (Weiterhin erlauben) Die Punkte zeigen den Einfluss einer Eigenschaft im Vergleich zur Basisgruppe (die bei der Null-Linie steht). Punkte links von der Null (-): Diese Gruppe tendiert in Richtung «Verboten». Punkte rechts von der Null (+): Diese Gruppe tendiert in Richtung «Weiterhin erlauben». Die schwarzen Balken zeigen die Fehlerspanne. Berührt ein Balken die Null-Linie, gibt es keinen statistisch verlässlichen Unterschied zu der jeweiligen Basisgruppe.
* p < 0.05, ** p < 0.01, *** p < 0.001 (zeigt die statistische Sicherheit an). N = 5707

Präferenzen im Spannungsfeld von wissenschaftlicher (Un-)Sicherheit

Wollen BürgerInnen den Staat präventiv agieren sehen, um sich vor potenziellen Gefahren zu schützen oder sinkt die Unterstützung für Regulierung, wenn Risiken und Nutzen nicht vollständig wissenschaftlich geklärt sind? Um diese Frage zu beantworten, war in die Erhebung des Schweizer Umweltpanels ein Umfrageexperiment integriert, das im Rahmen eines wissenschaftlichen Papiers ausgewertet und veröffentlicht wird. Das zentrale Interesse war es zu untersuchen, inwiefern die Präferenz der Bevölkerung für eine staatliche Regulierung von PFAS von der Kommunikation wissenschaftlicher Sicherheit beziehungsweise Unsicherheit sowie von der persönlichen Betroffenheit abhängt.

Dazu wurden den Befragten zufällig unterschiedliche Textbausteine vorgelegt, welche den wissenschaftlichen Kenntnisstand über die Quellen und Folgen von PFAS sowie das Ausmass der potenziellen persönlichen Betroffenheit systematisch variierten.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Vermittlung von wissenschaftlicher Gewissheit ein relevanter Treiber für die Unterstützung strengerer Regulierungen ist. Im direkten Vergleich zu den Befragten, die Informationen über wissenschaftliche Unsicherheit erhielten, liegt die Zustimmung zu staatlichen Verboten oder Einschränkungen bei der Gewissheits-Gruppe signifikant höher. Das Kommunizieren von Unsicherheit führt hingegen zu einer geringeren Unterstützung staatlicher Eingriffe im Vergleich zur Kontrollgruppe, die keine Zusatzinformationen erhielt.

Der negative Einfluss von wissenschaftlicher Unsicherheit auf die Unterstützung staatlicher Regulierung wird jedoch durch Informationen über eine potenzielle persönliche Betroffenheit abgefedert. Letztere neutralisiert den negativen Einfluss der unsicheren wissenschaftlichen Datenlage und bewegt die Teilnehmenden wieder in Richtung einer vorsorgenden Haltung. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass ein expliziter Hinweis auf eine persönliche Nicht-Betroffenheit die Unterstützung für Regulierungen selbst dann senkt, wenn die Wissenschaft sich über die Gefahren sicher wäre. Für Personen, die angaben, vor der Befragung noch nie etwas von PFAS gehört zu haben, wiegt der negative Effekt von wissenschaftlicher Unsicherheit schwerer.

Beim Wechsel von der allgemeinen Haltung zu konkreten politischen Massnahmen flachen die experimentellen Effekte jedoch deutlich ab und es gibt so gut wie keinen Einfluss auf Politikpräferenzen. Während also die Vermittlung von wissenschaftlicher Gewissheit die grundsätzliche Forderung nach Regulierung stärkt, ist kein Einfluss auf die Zustimmung zu spezifischen Einzelmassnahmen vorhanden.

Hintergrundinformationen zur Befragung

Über das Schweizer Umweltpanel

Das Schweizer Umweltpanel ist ein Projekt der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU), das seit September 2018 durchgeführt und von diesen beiden Institutionen finanziert wird. Im Rahmen des Panels wird die Schweizer Bevölkerung zweimal jährlich zu ihren Einstellungen zu verschiedenen umweltpolitischen Themen, Massnahmen und Trends befragt. Ziel des Schweizer Umweltpanels ist es, entsprechende Meinungen in der Bevölkerung zu erheben sowie Änderungen in diesen umweltpolitischen Einstellungen zu dokumentieren. Damit dient das Schweizer Umweltpanel als Informationsbasis für Wissenschaft, Politik, öffentliche Verwaltung und die breitere Öffentlichkeit.

Methodik

Mehrere tausend Personen wurden basierend auf einer Zufallsstichprobe der Schweizer Wohnbevölkerung (d.h. auch nicht-schweizerische Staatsangehörige mit Wohnsitz in der Schweiz) aus dem Einwohnerregister des Bundesamtes für Statistik (BFS/SRPH) ausgewählt und zur Befragung eingeladen. Natürlich entscheiden die eingeladenen Personen aber selbst, ob sie an der Umfrage teilnehmen. Diese Selbstselektion kann letztlich zu Verzerrungen in der Stichprobe führen. Aus diesem Grund werden die Antworten der an der Befragung tatsächlich teilnehmenden Personen in diesem Bericht nach Alter, Geschlecht, Zivilstand, Bildung, Nationalität und Wohnregion gewichtet. Aufgrund der grossen Anzahl an Befragten, der zufälligen Ziehung der Adressen aus dem Einwohnerregister sowie der Gewichtung der Antworten nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen kann von der befragten Stichprobe auf die allgemeine Wohnbevölkerung der Schweiz ab 18 Jahren geschlossen werden. Die grosse Zahl an Befragten erlaubt zudem, feinere Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung zu interpretieren. Bei sehr kleinen Unterschieden ist es jedoch möglich, dass diese durch Zufall bei unseren Befragten auftreten und nicht auf die Gesamtbevölkerung übertragbar sind. Wir beziehen diese Unsicherheit bei der Interpretation mit ein.

Die Personen in dieser Stichprobe werden vor jeder Befragungswelle postalisch und per E-Mail dazu eingeladen, den jeweiligen Fragebogen auszufüllen. Die Fragen dieser Welle konnten wahlweise auf Papier oder in elektronischer Form wahlweise auf Deutsch, Französisch, Italienisch oder Englisch beantwortet werden.

Der vorliegende Bericht basiert auf der fünfzehnten Befragungswelle des Schweizer Umweltpanels und präsentiert einzelne Fragen und Ergebnisse. Dabei werden entweder die prozentualen Anteile an der gesamten Stichprobe, oder die Verteilung hinsichtlich bestimmter Subgruppen dargestellt. Im vorliegenden Bericht werden exemplarisch Verteilungen und statistische Analysen präsentiert, die mit Bezug auf die jeweilige Frage besonders interessant sind. Fehlende und ungültige Antworten sind in den graphischen Darstellungen nicht eingeschlossen. Unterhalb jeder Graphik ist die jeweils zugrundeliegende Stichprobengrösse angegeben. Bei verschiedenen Fragen konnten die Teilnehmenden die Option «Weiss nicht» wählen. So kann sichergestellt werden, dass bei Unklarheiten nicht zufällige Werte gewählt werden. Der Verständlichkeit halber verzichten wir jeweils darauf, diese Antwortkategorie in den Grafiken abzubilden. Wir präsentieren die Resultate der Fragen inhaltlich geordnet und nicht zwingend in der Reihenfolge, in der sie in der Befragung gestellt wurden.

Die Befragung im Überblick

Die 15. Erhebungswelle des Schweizer Umweltpanels, deren Ergebnisse im vorliegenden Bericht vorgestellt werden, ist eine Befragung des Umweltpanels zum Thema PFAS und wurde zwischen Juni und August 2025 durchgeführt. Mit 5'893 Befragten nahmen insgesamt 56.4% aller kontaktierten Personen an der 15. Welle teil. Davon haben 22.9% bereits die erste Befragung des Schweizer Umweltpanels beantwortet. Durchschnittlich wandten die Befragten für das Ausfüllen des Onlinefragebogens 23.1 Minuten auf (Median). 70% der Befragten beantworteten die Erhebung auf Deutsch, 17.5% auf Französisch, 9.4% auf Italienisch und weitere 3% auf Englisch. Das Durchschnittsalter der Befragten lag bei 59 Jahren (Median).

Die repräsentative Stichprobe umfasst TeilnehmerInnen aus allen sieben Schweizer Grossregionen. Ähnlich zur Proportion der jeweiligen Einwohnerzahl sind diese Regionen

in der Stichprobe repräsentiert. So ist beispielsweise der Espace Mittelland mit rund 21.4% der Befragten am stärksten vertreten, gefolgt von Zürich, der Genferseeregion, der Nordwestschweiz und der Ostschweiz. Nach der Zentralschweiz ist das Tessin mit dem kleinsten Anteil der Befragten (ca. 9.3%) vertreten. Die Bevölkerung des Tessin ist in unserer Stichprobe zwei Mal so gross wie ihr tatsächlicher proportionaler Anteil in der Schweiz, damit regionalsepizifische Auswertungen durchgeführt werden können. Auf eine bevölkerungsgetreue proportionale Gewichtung der Grossregionen wurde im vorliegenden Bericht verzichtet.

ETH Zürich

Albert Einstein School of Public Policy

Universitätsstrasse 41

8092 Zürich

sep@ethz.ch

<https://einstein-school.ethz.ch/forschung/forschungsprojekte/umweltpanel.html>

© ETH Zürich, Juli 2026